

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI
hier: Neubau Stützmauer Synagoge Hohenlimburg

Beratungsfolge:

18.11.2021 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen wird beauftragt, den Neubau der Stützmauer an der Synagoge Hohenlimburg im Jahre 2022, und nicht, wie in der Vorlage 0777/2021 mitgeteilt, erst im Jahr 2023 auszuführen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226
Fax: 02331 – 207 4335



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 9. November 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gem. § 6 Abs. 1 GesChO auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 18. November 2021 zu setzen:

Neubau Stützmauer Synagoge Hohenlimburg

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen wird beauftragt, den Neubau der Stützmauer an der Synagoge Hohenlimburg im Jahre 2022, und nicht, wie in der Vorlage 0777/2021 mitgeteilt, erst im Jahr 2023 auszuführen.

Begründung:

Die Wiederherstellung der Stützmauer ist Voraussetzung dafür, dass in der Mahn- und Gedenkstätte Synagoge Hohenlimburg entsprechende Veranstaltungen stattfinden können. So konnte zuletzt das 150-jährige Bestehen der Synagoge nicht in der Synagoge selbst gefeiert werden. Stattdessen musste in den Saal des Kulturzentrums Werkhof ausgewichen werden. Der Umstand, dass die Synagoge nach bisheriger Planung nicht vor 2023 wieder genutzt werden kann, wurde von Seiten der Veranstalter der Jubiläumsfeier sehr bedauert.

Vor dem Hintergrund zahlreicher geschichtlicher Aspekte, aber auch der Tatsache, dass in Hagen zuletzt wieder verstärkt antijüdische Aktivitäten zu beklagen waren, sollte sich die Stadt Hagen besonders verpflichtet fühlen, die Synagoge schnellstmöglich wieder nutzbar zu machen und die Maßnahme im Kontext des Gesamtaufgabenspektrums entsprechend weit oben auf der Prioritätenliste anzusiedeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Arnusch

Fraktionsvorsitzender